Keynesianische Arbeitslosigkeit

Autor(en): **Gaillard, Serge**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): **- (1993)**

Heft 20: **Krise crisi crise : Arbeitslosigkeit**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-584075

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

KEYNESIANISCHE ARBEITSLOSIGKEIT

Einschätzung der aktuellen Krise

Konjunkturschwankungen sind nichts Aussergewöhnliches. Nach Phasen mit einem Nachfrageüberschuss nach Gütern und Diensten, einer hohen Investitionstätigkeit und deshalb starkem Wirtschaftswachstum folgen mit Sicherheit solche mit überschüssigen technischen Kapazitäten und geringen Investitionen. Die Schweiz durchläuft zur Zeit die *dritte ausgeprägte Rezession* innerhalb von 20 Jahren. Ähnlich wie in den frühen siebziger Jahren ging auch dieser Schwächeperiode ein Zeitabschnitt der konjunkturellen Überhitzung voran, in dessen Verlauf jährlich rund 2%

VON SERGE GAILLARD

oder mehr als 60 000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Ausgelöst wurde die konjunkturelle Wende einerseits durch das seit Mitte 1990 merklich geringere Wachstum der Weltwirtschaft, zunächst in den angelsächsischen, später auch in den restlichen westeuropäischen Ländern. Anderseits hat die seit Ende 1988 zunehmend restriktive Geldpolitik die Zinsen in die Höhe getrieben und die Baukrise eingeleitet.

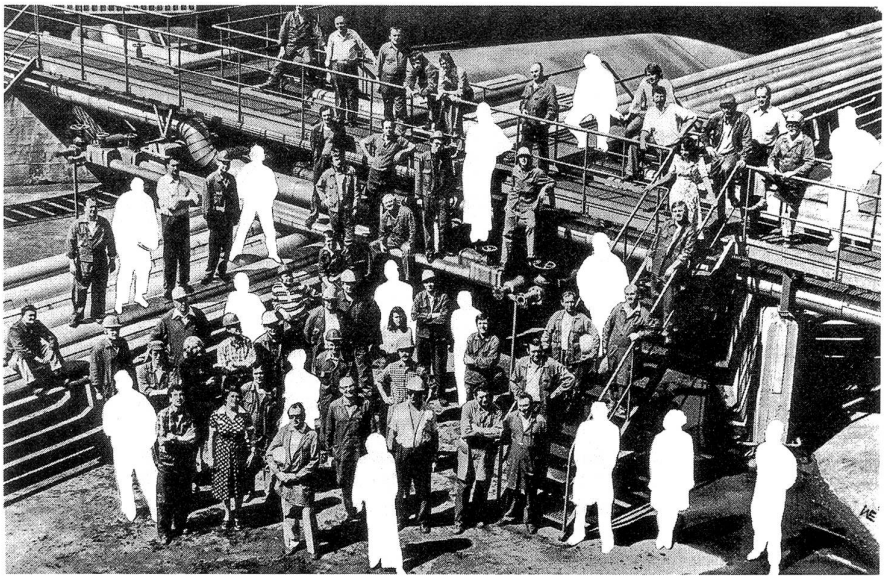
Der Zusammenbruch der Spekulation, die Zinssteigerungen und die darauf zurückgehenden Preise für Immobilien haben die Bauwirtschaft in eine tiefe Krise gestützt: Die Bautätigkeit hat seit dem konjunkturellen Wendepunkt bereits um mehr als 10% abgenommen. Schon im dritten Quartal 1992 wurden in der Bauwirtschaft rund 25 000 Erwerbstätige weniger gezählt als ein Jahr zuvor. Dabei ist der Beschäftigungsabbau in dieser Branche noch keineswegs abgeschlossen.

Infolge der Baukrise und der schlechteren Weltwirtschaftslage, die sich mit der deutschen Rezession ab Mitte 1992 nochmals verschlimmerte, ist die gesamte Binnenkonjunktur erlahmt: Die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln sich seit 1991 rückläufig, infolge der stagnierenden Einkommen und der unsicheren wirtschaftlichen Aussichten nehmen auch die Konsumausgaben seit mehr als einem Jahr nicht mehr zu. Nur gerade die Exporte und die Staatsausgaben vermochten im letzten Jahr der Wirtschaftsentwicklung noch positive Impulse zu geben, doch auch diese haben sich mittlerweile abgeschwächt.

Seit Beginn dieser Rezession Ende 1990 hat die *Arbeitslosigkeit* schon um mehr als 100 000 Personen zugenommen. Für die Schweiz sind das Rekordwerte; angesichts der seit bald drei Jahren stagnierenden Wirtschaftstätigkeit ist diese Entwicklung jedoch nicht erstaunlich, wie die folgende einfache Rechnung zeigt. In drei Jahren nimmt die Arbeitsproduktivität pro Arbeitsstunde um etwa 5% zu (1,6% pro Jahr im Druchschnitt der letzten 10 Jahre). Wegen der stagnierenden Produktion müsste also die Beschäftigung bis zu diesem Herbst um rund 5% abgenommen haben, wenn die Unternehmungen nicht Arbeitskräfte horten. Das entspricht einer Beschäftigungsabnahme von etwa 160 000 Arbeitsplätzen. Ein Teil dieses Beschäftigungsabbaus (rund 40 000) geht auf Kosten von Grenzgängern und Saisonniers. Gleichzeitig hat aber die Zahl der Personen, die arbeiten möchten (zu einem beträchtlichen Teil einwanderungsbedingt), um rund 110 000 Personen zugenommen. Das bedeutet, dass in den drei Jahren zwischen Mitte 1990 und 1993 rund 230 000 mehr Personen auf den Arbeitsmarkt drängen, als Arbeitsplätze angeboten werden. Wenn wir annehmen, dass etwas mehr als die Hälfte dieser Personen (beispielsweise 60%) sich als arbeitslos melden und stempeln, dann nimmt die Arbeitslosigkeit um 140 000 Personen zu. Diese Rechnung zeigt deutlich: Nicht die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist in dieser Wirtschaftslage überraschend, sondern eher die Tatsache, dass die Schweiz – aus den bekannten Grün-den – in früheren Rezessionen von dieser Entwicklung verschont geblieben ist.

«Keynesianische» und «klassische» Arbeitslosigkeit

Zur Charakterisierung der Arbeitslosigkeit existiert eine unübersichtliche Begriffsvielfalt, was darauf zurückzuführen ist, dass kein breit abgestützter Theorierahmen existiert, innerhalb dessen die Entwicklung der Arbeitslosigkeit erklärt werden kann. Immerhin hat das Begriffspaar *keynesianische und klassische Arbeitslosigkeit* innerhalb der ökonomischen Zunft eine lange Tradition, wie auch die Diskussion um die Wirksamkeit einer nachfragestützenden Wirtschaftspolitik zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Die keynesianische Arbeitslosigkeit ist gemäss diesen Diskussionen auf eine Nachfrageschwäche im Wirtschaftskreislauf (insbesondere wegen fehlender Investitionen) zurückzuführen und kann dementsprechend nicht durch Lohnsenkungen beseitigt werden. Die klassische Arbeitslosigkeit ist dagegen Ausdruck zu hoher Löhne oder fehlender Wettbewerbsfähigkeit. Unterscheidungsmerkmal ist die Ertragssituation der Unternehmungen: Würden die Unternehmungen auch bei einer zusätzlichen Nachfrage seitens des Staates keine zusätzlichen Arbeitsplätze schaffen, weil solche beim gegebenen Preisgefüge nicht rentabel sind, handelt es sich um eine klassische Arbeitslosigkeit. Wäre hingegen die Ertragslage der Unternehmungen bei «normaler Konjunkturlage» befriedigend, dann haben wir es mit keynesianischer Arbeitslosigkeit zu tun. Im ersten Fall ist eine expansive staatliche Nachfragestützung wirkungslos, im zweiten Fall kann sie den rezessiven Teufelskreis von kleinerem Einkommen, verminderter Nachfrage und rückläufiger Beschäftigung stoppen. In der Praxis sind die auf dieser Unterscheidung beruhenden Politikempfehlungen besonders in kleinen Ländern umstritten, da bei einer weltweiten nachfragebedingten Konjunkturschwäche die Wirtschaftspolitik in einer kleinen Volkswirtschaft die Nachfragelücke durch eine expansive Fiskalpolitik nicht



«Strukturbereinigung»
Fotomontage Walter Erb

ausfüllen kann. Zunehmend wird der staatliche expansive Beitrag in vielen Fällen Unternehmungen im Ausland statt im Inland zugute kommen. Umgekehrt kann ein kleines Land durch eine Lohnsenkungspolitik (eine Abwertungspolitik hat den gleiche Effekt) versuchen, Marktanteile auf Kosten der Konkurrenten zu gewinnen. Eine solche Politik können sich jedoch nur kleine Länder leisten, da der deflatorische Effekt die Krise vertiefen würde, wenn sie von grossen Volkswirtschaften betrieben würde.

In dieser Rezession dominieren (weltweit), im Gegensatz zur Krise Mitte der siebziger Jahren (Ölpreissteigerungen, markante Reallohnerhöhungen bei nur noch wenig steigender Produktivität), *keynesianische Elemente*. In den achtziger Jahren hat eine deutliche Umverteilung zugunsten des Unternehmungssektors stattgefunden; die Rohstoffpreise befinden sich auf einem Tiefstand. Obgleich eine Zinssenkungs- oder aktive Beschäftigungspolitik die Rezession in Europa beseitigen könnten, ist die Bereitschaft dazu äusserst gering. Im Gegenteil dazu hat die Deutsche Bundesbank den meisten europäischen Ländern, die ins Europäische Währungssystem eingebunden waren, eine vor dem Hintergrund der weltweiten rezessiven Tendenzen unangepasste, restriktive Geldpolitik aufgezwungen. Diesem Diktat hat sich mit guten Gründen bis zum letzten Herbst auch die Schweizerische Nationalbank unterworfen. Auch in der Schweiz liegt der Hauptgrund für die Wirtschaftskrise in einer allgemeinen Nachfrageschwäche, die nicht auf eine fehlende Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen ist. So steht die Exportwirtschaft verglichen mit der Weltwirtschaftslage nicht so schlecht da. Zudem zeigt die rasante Wirtschaftsentwicklung vor dieser Rezession, dass die Schweiz wettbewerbsfähig ist. Deshalb ist das «Revitalisierungsprogramm» der Behörden, unabhängig davon, was von den einzelnen Vorschlägen zu halten ist, keine Antwort auf die Rezession. Es trägt kurzfristig nichts zur Nachfragestützung bei und ist deshalb zur kurzfristigen Verhinderung eines weiteren Anstiegs der Arbeitslosigkeit ungeeignet.

Konjunkutrbelebung genügt nicht

Die Schweiz ist keineswegs gezwungen, auf die Erholung aus dem Ausland zu warten. Wie bereits erwähnt wurde, ist die Krise der Binnenwirtschaft, vor allem der Bauwirtschaft, diesmal ausgeprägter als diejenige der Exportwirtschaft. Deshalb sind die Vorschläge der SP-Fraktion bzw. schon früher der GBI und des SGB, die auf die Förderung des Wohnungsbaus und auf das Vorziehen von staatlichen Bauinvestitionsprojekten (Investitionsbonus) zielen, zu unterstützen: Es handelt sich um Projekte, die geeignet sind, die Binnennachfrage zu beleben, sie sind schnell ausführungsreif, die Nachfrageeffekte werden vollständig im Inland wirksam und die Ausgaben müssen ohnehin einmal realisiert werden.

Doch auch bei einer aktiven Konjunkturpolitik seitens der Schweiz wird es nach Ende dieser Rezession schwierig sein, die Arbeitslosigkeit wieder abzubauen. Dies belegt die Fortführung der obigen einfachen Rechnung. Wir unterstellen weiterhin Produktivitätsfortschritte in der Höhe von 1,6% pro Beschäftigten und Jahr und nehmen weiter an, dass die Einwanderung wegen der Schwierigkeit, in der Schweiz eine Arbeitsstelle einzunehmen, weiter abnimmt und deshalb die Zahl der Personen, die eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen wünschen, jährlich nur noch um rund 15 000 Personen zunimmt. Das Wirtschaftswachstum muss unter diesen Umständen auf 3% pro Jahr zunehmen, damit die Beschäftigung so stark ansteigt, dass die Arbeitslosigkeit um jährlich rund 30 000 Personen abnehmen kann.

Diese Rechnung zeigt folgendes: Erstens genügt es nicht, auf die Wiederbelebung der Konjunktur zu warten, da auch bei einer markanten Erholung nicht mit einem schnellen und genügend weitgehenden Abbau der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Zweitens ist nicht einmal sicher, ob die Erwerbslosigkeit so schnell wie in der Rechnung abgebaut werden kann, weil Dequalifizierungs- und Entmutigungseffekte, aber auch die Diskriminierung von Langzeitarbeitslosen durch die Unternehmungen den Abbau erschweren können. Deshalb hat eine aktive Vermittlungs- und Weiterbildungspolitik für die Arbeitslosen höchste Priorität. Keine arbeitslose Person darf mehr als ein Jahr ohne Beschäftigung sein, ohne ein Ausbildungsprogramm besucht zu haben. Drittens muss in den Lohnverhandlungen der nächsten Jahre die Arbeitszeitverkürzung eine vorrangige Forderung sein. Sie kann den Abbau der Arbeitslosigkeit begünstigen und entspricht – unabhängig von der schlechten Arbeitsmarktlage – einem dringenden Bedürfnis der Lohnabhängigen. ■